



UWG Ratsfraktion Gütersloh
Julius-Leber-Straße 1
33332 Gütersloh
Telefon: 05241 54482
info@uwg-guetersloh.de
www.uwg-guetersloh.de

Gütersloh, den 22.11.2019

Sehr geehrte Eheleute Klee,

die Unabhängige Wählergemeinschaft hat den geplanten Ausbau der B61 weiterhin beraten und möchte Ihnen unsere Anerkennung aussprechen für die Fülle der Argumente, die Sie zusammengetragen haben. Wir bedauern, dass die UWG, die nur auf kommunaler Ebene aktiv ist, deshalb keine signifikanten Einwirkungsmöglichkeiten hat.

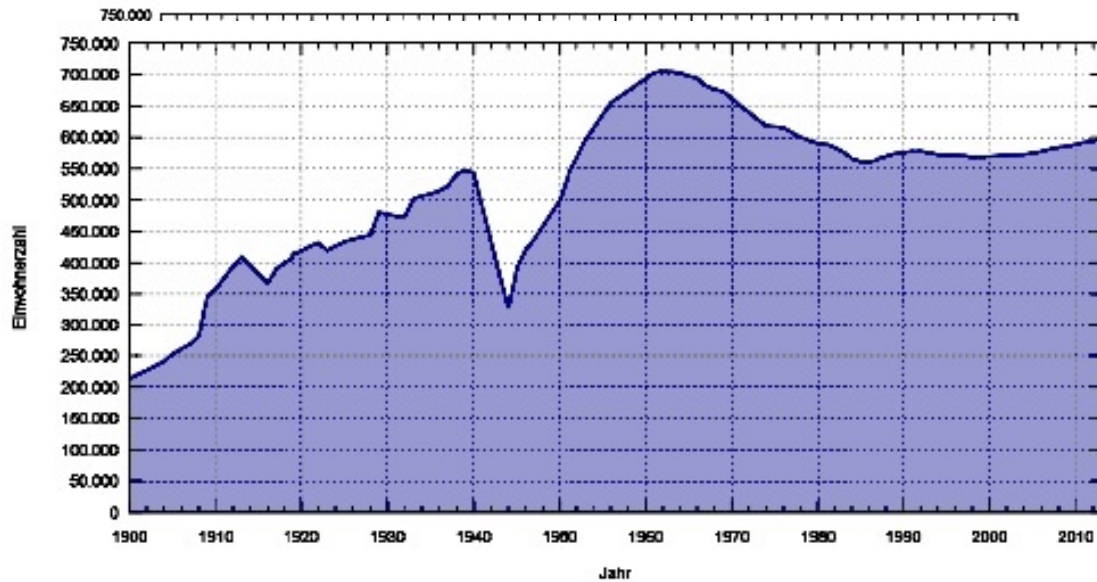
Nachdem wir uns mit Ihren Argumenten erneut befasst haben, sehen auch wir den geplanten Ausbau unverändert kritisch. Insbesondere der innerstädtische Verkehr, vor allem der Fahrrad- aber auch der Fußgängerverkehr wird mit deutlichen Einschränkungen leben müssen. Mit Sicherheit wird der geplante Ausbau zu einer Steigerung des LKW-Verkehrs führen, dies ist offenbar politisch gewollt, wie die geplante Schließung von etwa 250 Güterbahnhöfen und Stilllegung von Bahnstrecken zeigt. Gemäß Verkehrsleitplan von 1909 war eine breite Ringstraße in Gütersloh vorgesehen, allerdings wurden nur der Nord-, West- und Südring ausgeführt, zudem nicht in der erforderlichen Breite. Angesichts des zunehmenden Straßenverkehrs entschied das Bundesverkehrsministerium 1963 eine Schnellverkehrsstraße im Nordwesten als endgültige Umgehungsstraße mit Anbindung an eine Schnellverkehrsstraße Bielefeld - Münster zu planen. Da deren Fertigstellung viele Jahre dauern würde, sollte die jetzige B61 im Stadtgebiet Gütersloh als Zwischenlösung vierspurig ausgebaut werden. Der Rat sprach sich damals mehrheitlich dagegen aus: *„Man befürchtete eine erhebliche Lärmbelästigung und ein zusätzliches Hineinziehen des Verkehrs in das Stadtzentrum. Auch befürchtete man, dass sich dadurch der Bau der Schnellverkehrsstraße Bielefeld-Münster verzögere und die Wohngebiete zu stark voneinander getrennt würden.“* Dennoch wurde 1965 der vierspurige Ausbau schließlich mit den Stimmen der CDU und FDP bewilligt. Der Ausbau einer nördlichen Umgehung wurde später begraben und steht nicht mehr zur Diskussion. Die damals geäußerten Befürchtungen bezüglich der Immissionen und der Ausgrenzung der nördlichen Stadtteile haben sich leider voll bestätigt.

Die Gütersloher Bürger, die im Bereich der B61 leben, sollten über ihr Schicksal besser informiert werden. Ein effizienter Schallschutz ist im städtischen Bereich kaum möglich. Auch 8 m hohe Schallschutzwände können die Belastung nur begrenzt lindern, da im städtischen Bereich zahlreiche Öffnungen deren Effizienz erheblich beeinträchtigen.

Da Stadtbusse und landwirtschaftliche Fahrzeuge die B 61 nach dem Ausbau zur Schnellstraße nicht mehr benutzen dürfen, müssen die erforderlichen Umgehungen zeitnah bekannt gemacht werden

um den Anliegern die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnungen bzw. ihren Wohnsitz an das zu erwartende Umfeld anzupassen. Gut gesicherte Studien belegen, dass in einem Bereich von 300 bis 500 m gesundheitliche Beeinträchtigungen zu erwarten sind.

Einwohnerentwicklung Wuppertal



Am Beispiel Wuppertal lässt sich zeigen, wie dramatisch der Bevölkerungsrückgang sein kann. Nachdem von 1968-1974 dort eine Schnellstraße, später zur Autobahn A 40 umgewidmet, mitten durch die Stadt gebaut worden war, sank die Einwohnerzahl von 700 000 auf 570 000. Der Stadtteil Sonnborn musste einem Autobahnkreuz weichen, damals das größte Autobahnkreuz Europas. Die Menschen dort zogen sich bereits während der jahrelangen Vorplanung aus der Lokalität zurück. Wenn der Ausbau B61 mit dem Verlust des Baumbestandes schon nicht zu verhindern ist, fordern wir zumindest die Einhausung und Unterführung der B61 im Bereich der Kreuzungen und Überwege, denn wie sich zeigte, werden Brücken über die B61 sowohl von Fahrradfahrern wie auch von Fußgängern nur begrenzt angenommen. Zudem verhindern Brücken einen effizienten Schallschutz. Die UWG hofft, dass Sie mit Ihrer Aktion erfolgreich sind.

Mit den besten Erfolgswünschen

Peter Eckel